

dieses Beratungsverfahren mit getragen, mit gestaltet haben, mein herzliches Dankeschön! Und wenn sich die Opposition an der Zukunft unserer Krankenhäuser nicht beteiligen will, weil sie in diesen Fragen an ihrer alten Ministerialbürokratie festhalten will, dann sind Sie die Vergangenheit und wir sind die Zukunft. – Danke schön.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen mir nicht vor, sodass ich zur Abstimmung komme, und zwar über die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales **Drucksache 14/5583**.

Es wurde beantragt, dass wir über die beiden Artikel dieses Gesetzes getrennt abstimmen. Das wurde auch in den Redebeiträgen so geäußert. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 14/3458 in der Fassung seiner Beschlüsse insgesamt anzunehmen.

Ich frage zunächst, wer dieser Beschlussempfehlung für den Artikel 1 des Gesetzes folgen möchte. Er möchte bitte jetzt aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung **mit Blick auf Artikel 1 des Gesetzentwurfes** mit den Stimmen der Fraktion von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **angenommen**.

Wer dieser Beschlussempfehlung **mit Blick auf Artikel 2 des Gesetzentwurfes** zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem wird einstimmig **zugestimmt**.

Wer insgesamt der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5583** und dem Gesetzentwurf Drucksache 14/3958 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **angenommen** und der Gesetzentwurf in der zweiten Lesung verabschiedet.

Ich lasse dann abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/5704**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **abgelehnt**.

Ich lasse ferner abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 14/5714**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Nichtteilnahme des Kollegen Sagel **angenommen**.

Damit kommen wir zu:

5 Gesetz zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5568

erste Lesung

Hierzu ist keine Debatte vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung kommen.

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung soll der **Gesetzentwurf Drucksache 14/5568** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen** werden. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist die Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller Fraktionen angenommen.

Ich rufe auf:

6 Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5584 – Neudruck

erste Lesung

Zu dem Gesetzentwurf hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel eine Rede zu Protokoll gegeben. (Siehe Anlage 6)

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Biesenbach stellvertretend für alle antragstellenden Fraktionen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kommt selten vor, aber heute ist so ein Augenblick, in dem ich unstreitig etwas für alle einbringen kann; es ist unser Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes. Nach § 15 unseres Gesetzes hat die Präsidentin dem Landtag jährlich einen Bericht über die Angemessenheit der Bezüge vorzulegen und zugleich einen Vorschlag zur Anpassung der Bezüge zu machen. Diesen Angemessenheitsbericht hat sie am 19. November 2007 erstattet. Der Bericht basiert auf der Grundlage der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erhobenen Feststellungen über die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie die Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise des vergangenen Jahres.

Sie alle kennen den Vorschlag, den die Präsidentin daraus abgeleitet hat. Sie schlägt vor, dass die Abgeordnetenbezüge zum 1. Juli 2008 entsprechend dem Angemessenheitsbericht um 1,275 % angehoben werden und der Betrag der Mitarbeiterpauschale ebenfalls entsprechend der linearen Erhöhung der Beschäftigten des Landes um 2,9 %, allerdings zum 1. Januar 2008, angehoben wird.

Sie alle kennen den Bericht und das Zahlenwerk. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Ich bitte Sie, das Gesetz anzunehmen und dafür zu sorgen, dass es bald in Kraft treten kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Ich habe noch eine Wortmeldung des Kollegen Rimmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen das leider nicht ersparen. Die Art und Weise, wie wir mit der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Möglichkeit, Reden zu Protokoll zu geben, umgehen, führt dazu, dass wir an dieser Stelle eine gewisse Schwierigkeit haben. Der Kollege Sagel hat seine Rede zu Protokoll gegeben und ist dann offensichtlich nach Münster gefahren.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Ich möchte zumindest, dass gesichert ist, dass die Argumente seiner zu Protokoll gegebenen Rede nicht unwidersprochen bleiben.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Deshalb gestatten Sie mir ein paar wenige Ausführungen: Es ist in der Tat richtig, dass wir jedes Mal, wenn wir – das hat uns das Verfassungsgericht vorgegeben – über Diätenerhöhungen entscheiden müssen, in einer besonders schwierigen Lage sind, weil einerseits die gesellschaftliche Akzeptanz, andererseits Rahmensetzungen in Rede stehen, die wir teilweise selbst zu verantworten haben wie zum Beispiel die Rahmensetzung durch die Haushaltsdaten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss auch folgende Fragen in die Abwägung einbeziehen: Wie viel ist uns das Parlament, wie viel sind uns die Abgeordneten, wie viel ist uns die Demokratie wert? Wir müssen abwägen, ob die Unabhängigkeit der Abgeordneten mit der Entschädigung gesichert ist oder nicht. Wir müssen abwägen, wie verhältnismäßig unsere Entschädigung im Gesamtgehaltsgefüge der Bevölkerung ist, und – der Meinung bin ich nach wie vor – wir sollten die Leistung, die wir erbringen, nicht unter den Scheffel stellen, beispielsweise dass wir noch zu dieser Zeit im Parlament sitzen und arbeiten.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Deshalb ist es keine Verschleierung, wie der Kollege Sagel meint, den Termin auf den 1. Juli zu verschieben, sondern er orientiert sich – die Diskussion hat es in allen Fraktionen gegeben – an der von uns nicht gewollten, aber von der Landesregierung vorgesehenen Erhöhung der Beamtengehälter zum gleichen Zeitpunkt.

Das Argument, das einem in Diskussionen immer begegnet, nämlich dass die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in diesem Land auch keine Anpassung bekommen, ist ein gewichtiges Argument.

Aber, meine Damen und Herren, diese Ebene entscheiden wir hier nicht. Vielleicht ist die Erhöhung und die Anpassung aufgrund von Daten, die die Präsidentin erhoben hat, für uns alle ein Auftrag, an dieser Stelle für eine Gleichheit zu sorgen. Wir jedenfalls würden das in dieser Debatte gerne zum Ausdruck bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Die Kollegin Gödecke hat sich auch noch zu Wort gemeldet, was sie hiermit hat. Bitte schön, Frau Kollegin.

Carina Gödecke (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat sehr misslich, dass der Kollege Sagel seine Rede zu Protokoll gibt und so die Auseinandersetzung über das, was er sagen will, scheut, indem wir das dann nur im Protokoll nachlesen können.

(Beifall von SPD, CDU und GRÜNEN)

Ich möchte nicht inhaltlich auf den Angemessenheitsbericht, das System und die Systemumstellung eingehen. Ich meine, das ist im Zusammenhang mit der Debatte um die Diätenerhöhung in Berlin in der Presse sehr deutlich und klar dargestellt worden, und dies haben wir in der Vergangenheit ausreichend miteinander diskutiert. Aber ich möchte etwas zum Verhalten des Kollegen Sagel an dieser Stelle sagen. Ich finde, er schwindelt hier. Wenn ich nicht gerügt würde, dann würde ich ein anderes Wort dafür verwenden, obwohl ich glaube, ich würde in der Sache sogar gerne eine Rüge in Kauf nehmen. Der Kollege Sagel spricht von 120 €. In Wirklichkeit müsste der Kollege Sagel über seine gesamte Diät reden, die er zu Unrecht kassiert, denn er ist von den Wählerinnen und Wählern nicht als Person, sondern über die Landesliste der Grünen gewählt worden.

(Beifall von SPD, CDU und GRÜNEN)

Das, was er hier macht, ist unglaublich. In Abwesenheit möchte ich den Kollegen Sagel, gerade weil er diese Rede in dieser Art zu Protokoll gegeben hat, auffordern, sein eigenes Verhalten sehr kritisch zu überdenken. Denn der Kollege Sagel hat auch in der letzten Legislaturperiode diesem Parlament angehört. Sie alle wissen, dass wir die Umstellung des Abgeordnetenrechts ein Stück weit so attraktiv machen mussten, damit wir eine einstimmige Zustimmung im Hause finden. Auch der Kollege Sagel hat optiert. Das heißt, er nimmt die Vorteile einer anderen Altersvorsorge in Kauf. Aber all das sagt er den Leuten, für die er hier angeblich redet, nicht. Er wird sich in der Presse feiern lassen, und in Wirklichkeit ist er ein Heuchler. Ich glaube, das muss an der Stelle deutlich gesagt werden.

(Beifall von SPD, CDU und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Gödecke, ich habe nichts vernommen, was vom ersten Hörensagen zu rügen gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfs in der **Drucksache 14/5584 – Neudruck** – an den **Hauptausschuss**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller vier Fraktionen in Abwesenheit des Kollegen Sagel so angenommen.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– Herr Kollege Sichau, ich versuche regelmäßig, den Anwesenheiten und Abstimmungsverhalten des Kollegen Sagel voll umfänglich Rechnung zu tragen.

Ich rufe auf:

7 Scientology - Beobachten, aufklären, informieren

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5567

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** in der **Drucksache 14/5567** an den **Hauptausschuss** – federführend –, an den **Innenausschuss** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

8 Experiment mit 180.000 Kindern beenden – Sprachstandserhebung im Sinne der Kinder umfassend überarbeiten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5570

Eine Beratung ist auch hier heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Eine Debatte ist nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5585**, die mit Vorlage 14/1329 beantragte Genehmigung zu erteilen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, möge bitte mit der Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Abwesenheit des Kollegen Sagel **angenommen** und die beantragte Genehmigung erteilt.

Ich rufe auf:

14 Veräußerung von Grundstücken des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Antrag
des Finanzministers
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/1431

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/5586

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung kommen können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5586**, in die Veräußerung des in Vorlage 14/1431 näher beschriebenen Grundstücks einzuwilligen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, möge bitte mit der Hand aufzeigen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen aller Fraktionen **angenommen** und in die Veräußerung eingewilligt.

Wir kommen zu:

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 30

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse
zu Drucksachen

14/2721	–	ASchW
14/2868	–	ASchW
14/3848	–	AUNLW
14/4347	–	AGS
14/4403 EA –	–	AGS
14/5014	–	AGS

Drucksache 14/5587

In der Übersicht 30 sind fünf Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c der Geschäftsordnung an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung und Beratung überwiesen wurden, sowie ein Entschließungsantrag aufgeführt. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der Übersicht 30 abstimmen. Wer dieses Abstimmungsergebnis bestätigen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Damit haben alle Fraktionen die **Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse bestätigt**.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 16 aufrufe, habe ich die Pflicht, an dieser Stelle den Begriff „Heuchler“ zu rügen, Frau Kollegin Gödeke.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist ein neutestamentarisches Zitat!)

– Ich hatte das zunächst auch als biblisches Zitat verstanden. Wir haben das aber noch einmal prüfen lassen. Es entspricht nicht der parlamentarischen Ordnung.

Nun rufe ich auf:

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/35

Wird hierzu ergänzend das Wort gewünscht? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Donnerstag, den 6. Dezember 2007, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend. Bis morgen früh!

Anlage 6

Zu Tagesordnungspunkt 6 – Viertes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – zu Protokoll gegebene Rede

Rüdiger Sagel (fraktionslos):

Die Pläne der Landtagsfraktionen CDU, FDP, SPD und Grüne zur Diätenerhöhung am 01.08.2008 um 1,275 % werden von mir abgelehnt.

Die Bezüge der NRW-Abgeordneten um rund 120 € zu erhöhen ist inakzeptabel und geht an den Realitäten im Land vorbei. Die Verhältnisse sind aus dem Gleichgewicht geraten. Angesichts von realen Einkommensverlusten bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Kürzungen bei den Landesbeamten durch die Landesregierung ist die geplante Selbstbedienung absolut daneben. Nur sieben Monate nach der letzten Diätenerhöhung schon die nächste Erhöhung in Angriff zu nehmen zeugt

zudem von fehlendem Verständnis für die soziale Situation im Land.

Auch der Vorschlag, die Diätenerhöhung um ein halbes Jahr zu verschieben, wie es die Grünen als Erste ins Gespräch gebracht haben und wie es nun mit dem gemeinsam vorgelegten Antrag geschehen soll, dient nur der Verschleierung und stößt bei mir auf völliges Unverständnis.

Der Hinweis im Angemessenheitsbericht der Landtagspräsidentin auf gestiegene Lebenshaltungskosten und Einzelhandelspreise kann diese Erhöhung nicht rechtfertigen. Bei Millionen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern im Land wurde bisher keine Anpassung vorgenommen, geschweige denn eine angemessene Erhöhung durchgeführt.

Die Mehrkosten von 184.250 € im Jahre 2008 und sogar von 368.500 € sind auch angesichts des weiterhin defizitären Haushalts nicht akzeptabel.

